



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr SPD**
vom 21.12.2017

Inobhutnahme in Bayern I

Ich frage die Staatsregierung:

1. a) Wie viele Inobhutnahmen wurden in Bayern von 2012 bis 2017 (Stichtag: 07.12.2017) durch die Jugendämter vollzogen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, gesamt Bayern, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten, Gründen für die Inobhutnahme, absoluten Zahlen, Prozentzahlen und prozentualen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr angeben)?
b) Sollten prozentuale Veränderungen vorliegen, worin sieht die Staatsregierung die Gründe für diese Veränderungen?
c) Wie viele Jugendliche (zwischen 13 und 18 Jahren) und wie viele Kinder (zwischen 0 und 12 Jahren) wurden zwischen 2012 und 2017 durch das Jugendamt in Obhut genommen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, gesamt Bayern, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten, Geschlecht, Altersgruppen, Durchschnittsalter, Gründen für die Inobhutnahme, absoluten Zahlen und Prozentzahlen angeben)?
2. a) Wie wird bei einer Inobhutnahme der Wille der Kinder durch das Jugendamt ermittelt und inwiefern wird diesem Rechnung getragen?
b) Wie wird bei einer Inobhutnahme der Wille der Kinder durch das Familiengericht ermittelt und inwiefern wird diesem Rechnung getragen?
c) Welche soziale oder rechtliche Betreuung erfahren die betroffenen Eltern während der Inobhutnahme sowie des gerichtlichen Verfahrens?
3. a) Nach welchen Kriterien werden Gutachter beispielsweise zur Feststellung der Erziehungsfähigkeit der Eltern oder zur Beurteilung der psychischen und physischen Beeinträchtigung des Kindes durch das Familiengericht bestellt?
b) Welche Möglichkeiten haben die Eltern zur Einholung eines Gegengutachtens?
c) Müssen die Eltern bei einer Inobhutnahme die Kosten für die Einholung eines Gegengutachtens und ihre soziale bzw. rechtliche Betreuung selbst tragen?

4. a) In wie vielen Fällen erfolgte nach der Entscheidung des Familiengerichts zwischen 2012 und 2017 (Stichtag 07.12.2017) bei Jugendlichen (zwischen 13 und 18 Jahren) und Kindern (zwischen 0 und 12 Jahren) eine Rückführung in die Familie, eine Unterbringung im Heim oder die Unterbringung in einer Pflegefamilie (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, Altersgruppen, gesamt Bayern, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten, absoluten Zahlen und Prozentzahlen angeben)?
b) Sofern sich regionale Unterschiede hinsichtlich der Entscheidung und Art der Unterbringung ergeben, worin sind diese begründet?

Antwort

des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz und unter Beteiligung des ZBFS – Bayerisches Landesjugendamt

vom 22.02.2018

1. a) **Wie viele Inobhutnahmen wurden in Bayern von 2012 bis 2017 (Stichtag: 07.12.2017) durch die Jugendämter vollzogen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, gesamt Bayern, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten, Gründen für die Inobhutnahme, absoluten Zahlen, Prozentzahlen und prozentualen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr angeben)?**
b) **Sollten prozentuale Veränderungen vorliegen, worin sieht die Staatsregierung die Gründe für diese Veränderungen?**
c) **Wie viele Jugendliche (zwischen 13 und 18 Jahren) und wie viele Kinder (zwischen 0 und 12 Jahren) wurden zwischen 2012 und 2017 durch das Jugendamt in Obhut genommen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, gesamt Bayern, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten, Geschlecht, Altersgruppen, Durchschnittsalter, Gründen für die Inobhutnahme, absoluten Zahlen und Prozentzahlen angeben)?**

Es wird auf die beigelegten Tabellen verwiesen. Statistische Daten für das Jahr 2017 liegen noch nicht vor. In der sta-

tistischen Erfassung erfolgt eine Einteilung in Kinder und Jugendliche gemäß der gesetzlichen Definition. Danach ist Kind, wer noch nicht 14 Jahre alt ist, Jugendlicher, wer 14, aber noch nicht 18 Jahre alt ist, vgl. § 7 Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII). Eine darüber hinausgehende Differenzierung ist in der Statistik nicht enthalten. Die Angabe des Durchschnittsalters der in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen ist daher nicht möglich.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass vorläufige Schutzmaßnahmen sowohl die Inobhutnahme als auch die Herausnahme eines Kindes oder Jugendlichen umfassen. Eine Herausnahme findet statt, wenn ein Kind oder Jugendlicher bei Gefahr im Verzug trotz des Widerspruchs seiner Eltern, also gegen ihren Willen, in Obhut genommen wird. Insofern handelt es sich bei einer Herausnahme um eine besondere Form der Inobhutnahme, die in der Statistik gesondert erfasst wird. Nach einer Gesetzesänderung im SGB VIII wird ab dem Berichtsjahr 2014 nicht mehr nach der Art der vorläufigen Schutzmaßnahme (Inobhutnahme bzw. Herausnahme) unterschieden.

Der sprunghafte Anstieg der Inobhutnahmen im Jahr 2014 um 64,6 Prozent und im Jahr 2015 um 227,2 Prozent ist auf den hohen Zugang an unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (UMA) in diesem Zeitraum zurückzuführen. Am 01.11.2015 ist das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Betreuung und Versorgung ausländischer Kinder und Jugendlicher in Kraft getreten. Damit wurde insbesondere die bundesweite Verteilung von UMA gesetzlich geregelt. Im Jahr 2016 sank die Zahl der Inobhutnahmen in Bayern um 56 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bei der überwiegenden Anzahl der Schutzmaßnahmen (3 869 Fälle) war der Anlass die unbegleitete Einreise von Minderjährigen aus dem Ausland. Gegenüber dem Vorjahr ist hier ein Rückgang von fast 70 Prozent zu verzeichnen, was auch auf die bundesweite Verteilung der UMA zurückzuführen ist.

2. a) Wie wird bei einer Inobhutnahme der Wille der Kinder durch das Jugendamt ermittelt und inwiefern wird diesem Rechnung getragen?

Gemäß § 8 SGB VIII sind Kinder und Jugendliche in jedem Einzelfall entsprechend ihres Entwicklungsstandes an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall einer Inobhutnahme, zu der das Jugendamt unter den Voraussetzungen des § 42 SGB VIII berechtigt und verpflichtet ist. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn das Kind oder der Jugendliche darum bittet oder eine dringende Gefahr für das Kindeswohl die Inobhutnahme erfordert und die Personensorgeberechtigten nicht widersprechen oder eine familiengerichtliche Entscheidung nicht rechtzeitig eingeholt werden kann.

In der Regel geht der Inobhutnahme eines Kindes bzw. Jugendlichen ein Gefährdungstatbestand voraus, welcher im Rahmen des § 8a SGB VIII im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte eingeschätzt werden muss. Soweit der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht infrage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung miteinzubeziehen (§ 8a Abs. 1 SGB VIII). Das rasche Handeln bei akuter Gefährdung des Kindeswohls (§ 8a SGB VIII, § 1666 Bürgerliches Gesetzbuch – BGB) muss fachlich reflektiert, bewusst entschieden und kollegial beraten werden. Eine Inobhutnahme ist nur dann gegen den Willen des Kindes oder Jugendlichen möglich, wenn dessen Wille seinem Wohl offensichtlich widerspricht.

b) Wie wird bei einer Inobhutnahme der Wille der Kinder durch das Familiengericht ermittelt und inwiefern wird diesem Rechnung getragen?

Bei einer Inobhutnahme handelt es sich um eine originäre Maßnahme des Jugendamts, an der das Familiengericht grundsätzlich nicht beteiligt ist. Das Familiengericht ist vom Jugendamt lediglich dann mit der Sache zu befassen, wenn die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten der Inobhutnahme widersprechen und aus Sicht des Jugendamts wegen einer bestehenden Kindeswohlgefährdung eine Übergabe des Kindes an diese nicht in Betracht kommt (§ 42 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII). Das Familiengericht entscheidet in diesem Fall aber nicht über die Rechtmäßigkeit der Inobhutnahme und deren Fortdauer, sondern es ordnet eigenständige Maßnahmen zum Schutz des Kindes bzw. Jugendlichen (insbesondere nach den §§ 1666, 1666a BGB) an oder sieht – wenn es die Voraussetzungen hierfür nicht (mehr) für gegeben erachtet – von solchen ab.

In den gerichtlichen Sorgerechtsverfahren dienen vor allem die persönliche Anhörung des Kindes durch den Richter nach § 159 Familienverfahrensgesetz (FamFG) sowie die Bestellung eines Verfahrensbeistands nach § 158 FamFG der Ermittlung des Kindeswillens. Erkenntnisse hinsichtlich des Willens des Kindes können sich zudem aus der Stellungnahme des Jugendamts ergeben, das in Verfahren nach den §§ 1666, 1666a BGB gemäß § 162 FamFG zu beteiligen und anzuhören ist. Darüber hinaus führt auch ein gegebenenfalls vom Familiengericht beauftragter Sachverständiger in der Regel mindestens ein persönliches Gespräch mit dem Kind und nimmt in seinem Gutachten u.a. Stellung zum Kindeswillen. Im Übrigen liegt es im Ermessen des unabhängigen Gerichts, auf welche weiteren Erkenntnisquellen es zur Ermittlung des Kindeswillens im Rahmen des Amtsermittlungsprinzips nach § 26 FamFG und der freien oder förmlichen Beweiserhebung nach den §§ 29, 30 FamFG zurückgreift.

Zu der Frage, inwiefern dem Willen der Kinder durch das Familiengericht Rechnung getragen wird, ist auszuführen, dass der Kindeswille grundsätzlich ein wichtiges – aber nicht das alleinige – Kriterium für die Beurteilung des Kindeswohls darstellt. Bei der vom Gericht in richterlicher Unabhängigkeit vorzunehmenden Gesamtabwägung kann dem Willen des Kindes dabei je nach Alter und sonstigen Umständen des Einzelfalls ein größeres oder geringeres Gewicht zukommen. Insbesondere bei den hier infrage stehenden Sorgerechtsentscheidungen wegen Kindeswohlgefährdung nach den §§ 1666, 1666a BGB kann der geäußerte Kindeswille manchmal auch nur eine untergeordnete Rolle spielen. So kann es zum Beispiel zum Schutz des Kindes geboten sein, ein Kind, das im elterlichen Haushalt massiv körperlich misshandelt wurde, aus der Familie herauszunehmen, auch wenn das Kind trotz der Misshandlungen den Wunsch geäußert hat, bei seinen Eltern zu bleiben.

c) Welche soziale oder rechtliche Betreuung erfahren die betroffenen Eltern während der Inobhutnahme sowie des gerichtlichen Verfahrens?

Zur Verwirklichung des Rechts eines jeden jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit soll die Jugendhilfe gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen. Dieser Grundsatz gilt auch während der Inobhutnahme. Zudem hat das Jugend-

amt gemäß § 42 Abs. 3 SGB VIII die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten unverzüglich von der Inobhutnahme zu unterrichten und mit ihnen das Gefährdungsrisiko abzuschätzen.

In gerichtlichen Sorgerechtsverfahren können sich die Eltern durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen. Nach § 10 Abs. 2 Satz 2 FamFG können die Eltern auch bestimmte andere Personen als Bevollmächtigte wählen, wie zum Beispiel einen volljährigen Familienangehörigen oder einen unentgeltlich tätig werdenden Volljuristen aus dem Bekanntenkreis.

Unabhängig von der Vertretung durch einen Bevollmächtigten können die Eltern im Gerichtstermin mit einem Beistand erscheinen, § 12 FamFG. Als Beistand sind kraft Gesetzes alle oben genannten Personen zugelassen, die auch als Bevollmächtigte auftreten können. Darüber hinaus kann das Gericht im Einzelfall andere Personen – zum Beispiel eine Freundin der Kindesmutter – als Beistand zulassen, wenn dies sachdienlich ist und hierfür nach den Umständen des Einzelfalls ein Bedürfnis besteht.

3. a) Nach welchen Kriterien werden Gutachter beispielsweise zur Feststellung der Erziehungsfähigkeit der Eltern oder zur Beurteilung der psychischen und physischen Beeinträchtigung des Kindes durch das Familiengericht bestellt?

Gemäß § 163 Abs. 1 FamFG sollen Sachverständige in Kindschaftssachen mindestens über eine psychologische, psychotherapeutische, kinder- und jugendpsychiatrische, psychiatrische, ärztliche, pädagogische oder sozialpädagogische Berufsqualifikation verfügen. Verfügt der Sachverständige über eine pädagogische oder sozialpädagogische Berufsqualifikation, ist der Erwerb ausreichender diagnostischer und analytischer Kenntnisse durch eine anerkannte Zusatzqualifikation nachzuweisen. Neben dieser allgemeinen fachlichen Qualifizierung hat das Gericht die konkrete Eignung des Sachverständigen für den jeweiligen Fall zu prüfen.

Im Übrigen liegt die Auswahl des Sachverständigen im Ermessen des unabhängigen Gerichts. Ein zusätzliches wichtiges Auswahlkriterium stellt dabei insbesondere dar, ob der Sachverständige das Gutachten in angemessener Zeit erstatten kann, zumal nach § 155 Abs. 1 FamFG in Kindschaftssachen ein erhöhtes Beschleunigungsgebot gilt.

b) Welche Möglichkeiten haben die Eltern zur Einholung eines Gegengutachtens?

Eine gesetzliche oder sonst allgemein anerkannte Definition des Begriffs „Gegengutachten“ existiert nicht. Allgemein lässt sich zur Einholung weiterer Gutachten Folgendes ausführen:

Gemäß § 30 Abs. 1 FamFG i. V. m. § 412 Abs. 2 Zivilprozessordnung (ZPO) kann das Gericht die Begutachtung durch einen anderen Sachverständigen anordnen, wenn der bisherige Sachverständige nach Erstattung des Gutachtens erfolgreich – insbesondere wegen Besorgnis der Befangenheit – abgelehnt wurde. Die Anordnung einer neuen Begutachtung durch das Gericht kommt nach § 412 Abs. 1 ZPO ferner in Betracht, wenn es das erstattete Gutachten für ungenügend erachtet, beispielsweise weil dieses unvollständig ist oder Widersprüche enthält. Es steht dabei allerdings grundsätzlich im Ermessen des Gerichts, ob es zunächst versucht, die Mängel durch eine mündliche oder schriftliche

Erläuterung, Ergänzung oder Neuerstattung des Gutachtens durch den bisherigen Sachverständigen auszuräumen, oder ob es sogleich einen anderen Sachverständigen mit einem neuen Gutachten beauftragt.

In der Praxis kommt es zudem vor, dass Beteiligte außerhalb des gerichtlichen Verfahrens selbstständig ein sog. Privatgutachten durch einen anderen Sachverständigen in Auftrag geben. Es kann sich dabei sowohl um ein methodenkritisches Gutachten handeln, das sich mit der Art und Weise der Begutachtung durch den gerichtlichen Sachverständigen auseinandersetzt, als auch um ein eigenständiges neues Gutachten in der Sache selbst. Sollen Kinder in eine solche private Begutachtung einbezogen werden, bedarf es freilich der Einwilligung des Inhabers der elterlichen Sorge.

Werden derartige Privatgutachten im gerichtlichen Verfahren vorgelegt, handelt es sich nicht um einen förmlichen Sachverständigenbeweis, sondern um einen sog. qualifizierten Beteiligtenvortrag. Gleichwohl muss sich das Gericht selbstverständlich mit dem Privatgutachten auseinandersetzen und etwaige Widersprüche zwischen den verschiedenen Gutachten aufklären. Welcher Mittel es sich dabei bedient, steht wiederum im Ermessen des Gerichts. So kann das Gericht beispielsweise dem gerichtlich bestellten Sachverständigen aufgeben, zu dem Privatgutachten ergänzend mündlich oder schriftlich Stellung zu nehmen. Sofern sich die bestehenden Widersprüche nicht anderweitig zur Überzeugung des Gerichts ausräumen lassen, kann es im Einzelfall auch erforderlich sein, einen dritten Sachverständigen mit der Erstellung eines weiteren Gutachtens zu beauftragen.

c) Müssen die Eltern bei einer Inobhutnahme die Kosten für die Einholung eines Gegengutachtens und ihre soziale bzw. rechtliche Betreuung selbst tragen?

Zunächst sei noch einmal klargestellt, dass die Inobhutnahme durch das Jugendamt und ein sich gegebenenfalls anschließendes Sorgerechtsverfahren vor dem Familiengericht voneinander zu unterscheiden sind. Zu den Kosten im gerichtlichen Verfahren ist Folgendes auszuführen:

Bei den Kosten eines gerichtlich eingeholten Gutachtens – sei es ein Erstgutachten oder ein weiteres Gutachten – handelt es sich um Auslagen des Gerichts, die unter die Gerichtskosten fallen (§ 80 Satz 1 FamFG). Wer die Gerichtskosten zu tragen hat, ergibt sich grundsätzlich aus der vom Gericht zu treffenden Kostenentscheidung. In Sorgerechtsverfahren kann das Gericht die Kosten des Verfahrens nach billigem Ermessen den Beteiligten ganz oder teilweise auferlegen (§ 81 Abs. 1 Satz 1 FamFG). Es kann aber auch anordnen, dass von der Erhebung der Kosten abzusehen ist (§ 81 Abs. 1 Satz 2 FamFG).

Leben die Eltern in beengten finanziellen Verhältnissen, steht ihnen grundsätzlich die Möglichkeit der Verfahrenskostenhilfe offen. Wird Verfahrenskostenhilfe bewilligt, müssen die Eltern auch dann, wenn ihnen in der Kostenentscheidung die Gerichtskosten auferlegt werden, für diese – nach Maßgabe der Bewilligung – nur zum Teil, nur in Raten oder gar nicht aufkommen.

Die Kosten für ein gegebenenfalls eingeholtes Privatgutachten müssen die Eltern als Auftraggeber in der Regel selbst tragen. Eine Erstattung von Aufwendungen durch die Staatskasse ist im Gesetz grundsätzlich nicht vorgesehen. Auch eine Erstattung notwendiger Aufwendungen durch

andere Verfahrensbeteiligte scheidet in Sorgerechtsverfahren nach den §§ 1666, 1666a BGB regelmäßig aus, da an diesen meist außer den Eltern nur der Verfahrensbeistand und das Jugendamt formell beteiligt sind. Es wird aber nur sehr selten der Billigkeit entsprechen, das Jugendamt zur Kostentragung zu verpflichten, beispielsweise dann, wenn dieses das Verfahren durch ein grobes Verschulden veranlasst hat (vgl. Thomas/Putzo/Hüßtege, ZPO, 38. Aufl. 2017, § 81 FamFG, Rn. 6a). Einem Verfahrensbeistand können nach § 158 Abs. 8 FamFG von vornherein keine Kosten auferlegt werden.

Aus denselben Gründen haben die Eltern in der Regel auch die Kosten für einen von ihnen für das gerichtliche Verfahren beauftragten Rechtsanwalt selbst zu bezahlen. Eine Ausnahme gilt wiederum im Fall der Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe. Wird den Eltern Verfahrenskostenhilfe bewilligt, ist ihnen auf Antrag ein zur Vertretung bereiter Rechtsanwalt ihrer Wahl beizuordnen, wenn wegen der Schwierigkeit der Sach- und Rechtslage die Vertretung durch einen Rechtsanwalt erforderlich erscheint. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, hat im jeweiligen Einzelfall das zuständige Gericht in richterlicher Unabhängigkeit zu beurteilen. In Verfahren, in denen eine Entziehung des Sorgerechts nach den §§ 1666, 1666a BGB im Raum steht, geht die obergerichtliche Rechtsprechung allerdings davon aus, dass die Beiordnung eines Anwalts regelmäßig geboten ist. Wird ein Rechtsanwalt beigeordnet, erhält dieser eine Vergütung von der Staatskasse. Ein Rückgriff bei den Beteiligten ist nur möglich, wenn und soweit in dem Bewilligungsbeschluss (oder nachträglich aufgrund einer eingetretenen Verbesserung der finanziellen Situation) Teil- oder Ratenzahlungen angeordnet wurden.

- 4. a) In wie vielen Fällen erfolgte nach der Entscheidung des Familiengerichts zwischen 2012 und 2017 (Stichtag 07.12.2017) bei Jugendlichen (zwischen 13 und 18 Jahren) und Kindern (zwischen 0 und 12 Jahren) eine Rückführung in die Familie, eine Unterbringung im Heim oder die Unterbringung in einer Pflegefamilie (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, Altersgruppen, gesamt Bayern, Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten, absoluten Zahlen und Prozentzahlen angeben)?**
- b) Sofern sich regionale Unterschiede hinsichtlich der Entscheidung und Art der Unterbringung ergeben, worin sind diese begründet?**

Der Staatsregierung liegen hierzu keine statistischen Daten vor. In der Justizgeschäftsstatistik in Familiensachen wird weder erfasst, ob einem Sorgerechtsverfahren nach § 1666 BGB eine Inobhutnahme durch das Jugendamt vorausgegangen ist, noch, wo Kinder und Jugendliche nach Erledigung des Sorgerechtsverfahrens ihren Aufenthalt nehmen.

Überdies ist insoweit anzumerken, dass die Familiengerichte in Sorgerechtsverfahren grundsätzlich nicht unmittelbar über den konkreten künftigen Aufenthaltsort eines Kindes entscheiden. Vielmehr ordnen sie entweder eine Entziehung des Sorgerechts (insbesondere des Aufenthaltsbestimmungsrechts) an oder lehnen eine solche ab bzw. heben einen früheren – zum Beispiel im Wege der einstweiligen Anordnung ergangenen – Sorgerechtsentzug wieder auf. Die weiteren Entscheidungen trifft sodann der jeweilige Inhaber der elterlichen Sorge – im erstgenannten Fall der Ergänzungspfleger oder Vormund, in den letztgenannten Fällen die Eltern.

Anlage

Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2012 nach Alter und Geschlecht, Anregung der Maßnahme sowie nach regionaler Gliederung								
	Insgesamt	Alter in Jahren		Inobhutnahmen				Herausnahme
		unter 14	14 - unter 18	Geschlecht		Maßnahme erfolgte		
				männlich	weiblich	auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung (dringende Gefahr)	
Bayern	3 046	1 562	1 484	1 380	1 625	500	2 505	41
Oberbayern	950	540	410	454	489	144	799	7
Ingolstadt	28	12	16	9	15	10	14	4
München, Landeshauptstadt	530	352	178	253	276	55	474	1
Rosenheim	21	8	13	11	10	4	17	-
Altötting	21	13	8	9	12	3	18	-
Berchtesgadener Land	7	1	6	6	1	-	7	-
Bad Tölz-Wolfratshausen	18	10	8	10	8	-	18	-
Dachau	22	8	14	12	10	9	13	-
Ebersberg	12	7	5	5	6	3	8	1
Eichstätt	8	5	3	1	7	2	6	-
Erding	25	12	13	12	13	7	18	-
Freising	19	13	6	9	10	1	18	-
Fürstenfeldbruck	39	29	10	15	24	3	36	-
Garmisch-Partenkirchen	8	3	5	5	3	-	8	-
Landsberg am Lech	17	8	9	5	11	2	14	1
Miesbach	32	22	10	20	12	3	29	-
Mühlhörf a. Inn	16	7	9	6	10	3	13	-
München	20	8	12	5	15	7	13	-
Neuburg-Schrobenhausen	13	-	13	6	7	8	5	-
Pfaffenhofen a.d. Ilm	5	2	3	2	3	3	2	-
Rosenheim	72	13	59	46	26	17	55	-
Starnberg	5	1	4	1	4	2	3	-
Traunstein	8	3	5	4	4	2	6	-
Weilheim-Schongau	4	3	1	2	2	-	4	-
Niederbayern	205	97	108	89	114	40	163	2
Landshut	34	13	21	18	16	6	28	-
Passau	15	6	9	12	1	-	13	2
Straubing	21	8	13	7	14	5	16	-
Deggendorf	23	15	8	9	14	3	20	-
Freyung-Grafenau	6	3	3	2	4	4	2	-
Kelheim	18	4	14	8	10	3	15	-
Landshut	20	10	10	8	12	8	12	-
Passau	13	11	2	6	7	1	12	-
Regen	12	6	6	4	8	3	9	-
Rottal-Inn	2	-	2	1	1	-	2	-
Straubing-Bogen	20	10	10	4	16	4	16	-
Dingolfing-Landau	21	11	10	10	11	3	18	-
Oberpfalz	259	156	103	111	137	43	205	11
Amberg	5	2	3	1	4	1	4	-
Regensburg	117	69	48	58	59	21	96	-
Weiden i.d.OPf.								
It. Auskunft des Statischen Landesamtes Bayern keine Daten geliefert								
Amberg-Weizsach	23	16	7	7	8	-	15	8
Cham	34	23	11	9	25	7	27	-
Neumarkt i.d.OPf.	17	13	4	8	6	-	14	3
Neustadt a.d. Waldnaab	25	10	15	10	15	10	15	-
Regensburg	17	10	7	9	8	2	15	-
Schwandorf	8	7	1	3	5	-	8	-
Tirschenreuth	13	6	7	6	7	2	11	-
Oberfranken	173	95	78	73	100	43	130	-
Bamberg	18	9	9	11	7	3	15	-
Bayreuth	20	8	12	9	11	6	14	-
Coburg								
It. Auskunft des Statischen Landesamtes Bayern keine Daten geliefert								
Hof	26	16	10	7	19	9	17	-
Bamberg	30	15	15	14	16	5	23	-
Bayreuth	13	9	4	8	5	7	8	-
Coburg	2	2	-	2	1	-	1	-
Forchheim	31	14	17	16	15	6	25	-
Hof	17	13	4	4	13	3	14	-
Kronach	5	5	-	1	4	-	5	-
Kulmbach	1	-	1	1	-	-	1	-
Lichtenfels	5	2	3	-	5	2	3	-
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	5	2	3	2	3	1	4	-
Mittelfranken	845	369	476	393	440	125	708	12
Ansbach	18	12	6	8	10	2	16	-
Erlangen	9	4	5	3	6	1	8	-
Fürth	17	11	6	10	6	2	14	1
Nürnberg	592	249	343	269	313	74	508	10
Schwabach	13	5	8	3	9	1	11	1
Ansbach	41	14	27	22	19	19	22	-
Erlangen-Höchstadt	34	23	11	18	16	1	33	-
Fürth	18	3	15	12	6	-	18	-
Nürnberger Land	65	30	35	30	35	11	54	-
Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsch	11	2	9	4	7	1	4	-
Roth	5	4	1	2	3	1	4	-
Weißenburg-Gunzenhausen	22	12	10	12	10	6	16	-
Unterfranken	200	101	99	78	120	29	169	2
Aschaffenburg	20	6	14	5	15	8	12	-
Schweinfurt	35	25	10	14	21	2	33	-
Würzburg	20	11	9	9	10	1	18	1
Aschaffenburg	6	4	2	1	5	1	5	-
Bad Kissingen	5	1	4	5	-	1	4	-
Rhön-Grabfeld	21	10	11	10	11	-	21	-
Haßberge	8	4	4	1	7	3	5	-
Kitzingen	12	3	9	6	6	3	9	-
Miltenberg	16	11	5	3	13	1	15	-
Main-Spessart	16	6	10	8	8	2	14	-
Schweinfurt	25	13	12	11	13	5	19	1
Würzburg	16	7	9	5	11	2	14	-
Schwaben	414	204	210	182	225	76	331	7
Augsburg	85	49	36	46	33	15	64	6
Kaufbeuren	8	7	1	4	3	1	6	1
Kempten (Allgäu)	17	10	7	6	11	4	13	-
Memmingen	16	10	6	5	11	2	14	-
Aichach-Friedberg	14	4	10	8	6	4	10	-
Augsburg	107	51	56	38	69	14	93	-
Dillingen a.d. Donau	3	-	3	2	1	2	1	-
Günzburg	12	8	4	3	9	4	8	-
Neu-Ulm	44	24	20	19	25	20	24	-
Lindau (Bodensee)	7	5	2	5	2	-	7	-
Ostallgäu	5	1	4	1	4	2	3	-
Untertallgäu	21	7	14	11	10	5	16	-
Donau-Ries	38	9	29	13	25	3	35	-
Oberallgäu	37	19	18	21	16	-	37	-

Anlage

Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2013 nach Alter und Geschlecht, Anregung der Maßnahme sowie nach regionaler Gliederung								
	Insgesamt	Alter in Jahren		Inobhutnahmen				Herausnahme
		unter 14	14 - unter 18	Geschlecht		Maßnahme erfolgte		
				männlich	weiblich	auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung (dringende Gefahr)	
Bayern	2 841	1 191	1 650	1 318	1 478	467	2 329	46
% Veränderung zum Vorjahr	-6,7%	-23,8%	11,2%	-4,5%	-9,0%	-6,6%	-7,0%	9,8%
Oberbayern	747	201	546	362	376	103	635	9
Ingolstadt	32	17	15	10	19	6	23	3
München, Landeshauptstadt	377	46	331	189	188	44	333	-
Rosenheim	15	5	10	8	7	3	12	-
Altötting	14	9	5	8	6	-	14	-
Berchtesgadener Land	4	2	2	-	4	-	4	-
Bad Tölz-Wolfratshausen	11	6	5	5	6	2	9	-
Dachau	9	4	5	6	3	-	9	-
Ebersberg	10	-	10	6	4	2	8	-
Eichstätt	10	5	5	4	6	1	9	-
Erding	16	4	12	4	12	7	9	-
Freising	6	5	1	3	3	-	6	-
Fürstenfeldbruck	41	29	12	17	21	4	34	3
Garmisch-Partenkirchen	18	3	15	11	7	1	17	-
Landsberg am Lech	10	8	2	3	7	-	10	-
Miesbach	17	7	10	8	9	-	17	-
Mühlhofen a. Inn	9	3	6	6	3	3	6	-
München	15	3	12	4	10	5	9	1
Neuburg-Schrobenhausen	8	2	6	1	7	8	-	-
Pfaffenhofen a. d. Ilm	7	3	4	-	7	1	6	-
Rosenheim	88	24	64	58	28	11	75	2
Starnberg	1	-	1	-	1	1	-	-
Traunstein	11	6	5	4	7	3	8	-
Weilheim-Schongau	18	10	8	7	11	1	17	-
Niederbayern	194	110	84	102	92	26	168	-
Landsbut	20	15	5	12	8	-	20	-
Passau	15	8	7	15	-	-	15	-
Straubing	28	15	13	14	14	11	17	-
Deggendorf	28	14	14	14	14	4	24	-
Freyung-Grafenau	4	2	1	2	4	-	4	-
Kelheim	20	6	14	8	12	2	18	-
Landsbut	29	13	16	12	17	4	25	-
Passau	12	9	3	7	5	1	11	-
Regen	12	11	1	6	6	-	12	-
Rottal-Inn								
It. Auskunft des Statischen Landesamtes Bayern keine Daten geliefert								
Straubing-Bogen	14	6	8	7	7	4	10	-
Dingolfing-Landau	10	8	2	5	5	-	10	-
Oberpfalz	273	147	126	106	153	42	217	14
Amberg	7	4	3	2	5	2	5	-
Regensburg	141	65	76	64	77	25	116	-
Weiden i. d. OPF.	14	8	6	7	7	2	12	-
Amberg-Weizsach	30	20	10	6	10	-	16	14
Cham	27	18	9	9	18	2	25	-
Neumarkt i. d. OPF.	14	12	2	6	8	2	12	-
Neustadt a. d. Waldnaab	9	5	4	1	8	4	5	-
Regensburg	12	5	7	3	9	2	10	-
Schwandorf	7	3	4	3	4	1	6	-
Tirschenreuth	12	7	5	5	7	2	10	-
Oberfranken	184	84	100	87	97	40	144	-
Bamberg	29	13	16	14	15	4	25	-
Bayreuth	28	15	13	14	14	3	25	-
Coburg	3	-	3	2	1	1	2	-
Hof	23	15	8	16	7	7	16	-
Bamberg	23	8	15	8	15	7	16	-
Bayreuth	17	5	12	7	10	7	10	-
Coburg	4	-	4	2	2	-	4	-
Forchheim	37	22	15	18	19	3	34	-
Hof	7	3	4	1	6	2	5	-
Kronach	2	-	2	-	2	-	2	-
Kulmbach	1	-	1	-	1	1	-	-
Lichtenfels	6	-	6	3	3	3	3	-
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	4	3	1	2	2	2	2	-
Mittelfranken	930	415	515	450	473	176	747	7
Ansbach	10	8	2	7	3	-	10	-
Erlangen	15	8	7	7	8	2	13	-
Fürth	7	6	1	5	2	-	7	-
Nürnberg	575	233	342	294	274	90	478	7
Schwabach	14	4	10	4	10	-	14	-
Ansbach	57	30	27	22	35	20	37	-
Erlangen-Höchstadt	38	34	4	18	20	4	34	-
Fürth	48	31	17	35	13	2	46	-
Nürnberger Land	116	46	70	38	78	35	81	-
Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsch	6	3	3	2	4	3	3	-
Roth	16	5	11	6	10	3	13	-
Weißenburg-Gunzenhausen	28	7	21	12	16	17	11	-
Unterfranken	190	97	93	86	100	32	154	4
Aschaffenburg	12	1	11	3	9	5	7	-
Schweinfurt	34	22	12	20	10	2	28	4
Würzburg	18	6	12	7	11	4	14	-
Aschaffenburg	5	1	4	4	1	-	5	-
Bad Kissingen	15	13	2	5	10	-	15	-
Rhön-Grabfeld	16	10	6	8	8	4	12	-
Haßberge	10	5	5	4	6	4	6	-
Kitzingen	9	2	7	3	6	1	8	-
Miltenberg	24	15	9	11	13	1	23	-
Main-Spessart	9	3	6	3	6	5	4	-
Schweinfurt	27	17	10	12	15	3	24	-
Würzburg	11	2	9	6	5	3	8	-
Schwaben	323	137	186	125	187	48	264	11
Augsburg	71	46	25	23	38	8	53	10
Kaufbeuren	1	-	1	-	1	-	1	-
Kempten (Allgäu)	16	8	8	9	6	1	14	1
Memmingen	6	3	3	4	2	2	4	-
Aichach-Friedberg	10	1	9	2	8	4	6	-
Augsburg	82	26	56	33	49	5	77	-
Dillingen a. d. Donau	7	1	6	4	3	1	6	-
Günzburg	17	9	8	5	12	4	13	-
Neu-Ulm	34	12	22	10	24	11	23	-
Lindau (Bodensee)	12	1	11	10	2	-	12	-
Ostallgäu	4	1	3	1	3	-	4	-
Unterallgäu	16	7	9	10	6	3	13	-
Donau-Ries	17	10	7	6	11	2	15	-
Oberallgäu	30	12	18	8	22	7	23	-

Anlage

Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2014 nach Alter und Geschlecht, Anregung der Maßnahme sowie nach regionaler Gliederung							
	Inobhutnahmen						
	Insgesamt	Alter in Jahren		Geschlecht		Maßnahme erfolgte	
		unter 14	14 - unter 18	männlich	weiblich	auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung (dringende Gefahr)
Bayern	4 675	1 244	3 431	2 904	1 771	583	4 092
% Veränderung zum Vorjahr	64,6%	4,5%	107,9%	120,3%	19,8%	24,8%	75,7%
Oberbayern	1 888	351	1 537	1 109	779	212	1 676
Ingolstadt	51	23	28	31	20	8	43
München, Landeshauptstadt	950	161	789	422	528	134	816
Rosenheim	38	3	35	32	6	1	37
Altötting	1	-	1	1	-	-	-
Berchtesgadener Land	5	1	4	1	4	-	5
Bad Tölz-Wolfratshausen	25	15	10	5	20	4	21
Dachau	6	4	2	1	5	-	6
Ebersberg	14	5	9	7	7	3	11
Eichstätt	16	9	7	4	12	4	12
Erding	52	9	43	35	17	4	48
Freising	8	5	3	5	3	-	8
Fürstenfeldbruck	39	28	11	23	16	8	31
Garmisch-Partenkirchen	38	7	31	33	5	-	38
Landsberg am Lech	26	10	16	16	10	2	24
Miesbach	53	9	44	48	5	2	51
Mühlhofen a. Inn	11	3	8	4	7	3	8
München	32	13	19	10	22	8	24
Neuburg-Schrobenhausen	9	3	6	5	4	3	6
Pfaffenhofen a.d. Ilm	1	-	1	-	1	-	1
Rosenheim	472	26	446	403	69	23	449
Starnberg	3	1	2	3	-	1	2
Traunstein	24	10	14	14	10	3	21
Weilheim-Schongau	14	6	8	6	8	-	14
Niederbayern	832	156	676	710	122	40	792
Landshut	35	21	14	21	14	4	31
Passau	346	19	327	336	10	-	346
Straubing	28	14	14	19	9	6	22
Deggendorf	53	39	14	27	26	6	47
Freyung-Grafenau	5	1	4	5	3	-	5
Kelheim	22	6	16	12	10	-	22
Landshut	35	13	22	14	21	11	24
Passau	269	16	253	260	9	6	263
Regen	9	5	4	3	6	2	7
Rottal-Inn	1	-	1	1	-	-	1
Straubing-Bogen	20	13	7	12	8	5	15
Dingolfing-Landau	9	9	-	3	6	-	9
Oberpfalz	297	131	166	127	170	79	218
Amberg	8	3	5	5	3	1	7
Regensburg	131	55	76	60	71	29	102
Weiden i.d.OPf.	14	8	6	7	7	2	12
Amberg-Weizsach	16	6	10	10	6	2	14
Cham	44	20	24	18	26	19	25
Neumarkt i.d.OPf.	12	7	5	6	6	2	10
Neustadt a.d. Waldnaab	22	9	13	6	16	10	12
Regensburg	12	3	9	2	10	4	8
Schwandorf	14	2	12	6	8	6	8
Tirschenreuth	24	18	6	7	17	4	20
Oberfranken	223	109	114	131	92	43	180
Bamberg	36	26	10	19	17	3	33
Bayreuth	9	2	7	5	4	2	7
Coburg	3	2	1	3	-	-	3
Hof	25	17	8	10	15	9	16
Bamberg	28	17	11	18	10	9	19
Bayreuth	12	7	5	6	6	5	7
Coburg	6	4	2	2	4	-	6
Forchheim	33	17	16	20	13	7	26
Hof	39	7	32	34	5	-	39
Kronach	7	4	4	3	4	2	5
Kulmbach	9	6	3	4	5	2	7
Lichtenfels	11	-	11	5	6	3	8
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	5	1	4	2	3	1	4
Mittelfranken	658	223	435	385	273	96	562
Ansbach	16	10	6	9	7	1	15
Erlangen	16	11	5	10	6	1	15
Fürth	13	7	6	4	9	2	11
Nürnberg	354	109	245	197	157	54	300
Schwabach	17	5	12	12	5	4	13
Ansbach	26	11	15	11	15	19	7
Erlangen-Höchstadt	32	18	14	15	17	-	32
Fürth	132	28	104	107	25	2	130
Nürnberg Land	11	5	6	2	9	6	5
Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsch	14	4	10	8	6	2	12
Roth	lt. Auskunft des Statistischen Landesamtes Bayern keine Daten geliefert						
Weißenburg-Gunzenhausen	27	15	12	10	17	5	22
Unterfranken	327	101	226	198	129	30	297
Aschaffenburg	29	11	18	14	15	9	20
Schweinfurt	30	17	13	17	13	1	29
Würzburg	125	8	117	107	18	5	120
Aschaffenburg	3	1	2	1	2	-	3
Bad Kissingen	32	12	20	10	22	2	30
Rhön-Grabfeld	14	7	7	4	10	-	14
Haßberge	11	5	6	7	4	2	9
Kitzingen	15	6	9	6	9	6	9
Miltenberg	17	9	8	8	9	4	13
Main-Spessart	14	10	4	4	10	1	13
Schweinfurt	25	10	15	10	15	-	25
Würzburg	12	5	7	10	2	-	12
Schwaben	450	173	277	244	206	83	367
Augsburg	85	45	40	58	27	5	80
Kaufbeuren	2	2	-	1	1	-	2
Kempen (Allgäu)	42	19	23	26	16	7	35
Memmingen	13	7	6	9	4	1	12
Aichach-Friedberg	33	17	16	9	24	11	22
Augsburg	103	30	73	40	63	8	95
Dillingen a.d. Donau	24	13	11	14	10	6	18
Günzburg	13	5	8	7	6	1	12
Neu-Ulm	34	7	27	22	12	20	14
Lindau (Bodensee)	26	3	23	23	3	2	24
Ostallgäu	10	1	9	5	5	4	6
Unterallgäu	14	3	11	5	9	7	7
Donau-Ries	18	5	13	4	14	1	17
Oberallgäu	33	16	17	21	12	10	23

Anlage

Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2015 nach Alter und Geschlecht, Anregung der Maßnahme sowie nach regionaler Gliederung							
	Inobhutnahmen						
	Insgesamt	Alter in Jahren		Geschlecht		Maßnahme erfolgte	
		unter 14	14 - unter 18	männlich	weiblich	auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung (dringende Gefahr)
Bayern	15 295	2 346	12 949	12 189	3 106	1 022	14 273
% Veränderung zum Vorjahr	227,2%	88,6%	277,4%	319,7%	75,4%	75,3%	248,8%
Oberbayern	5 223	990	4 233	3 283	1 940	479	4 744
Ingolstadt	103	25	78	79	24	16	87
München, Landeshauptstadt	3 267	724	2 543	1 676	1 591	367	2 900
Rosenheim	146	19	127	126	20	1	145
Altötting	26	11	15	17	9	1	25
Berchtesgadener Land	5	3	2	1	4	1	4
Bad Tölz-Wolfratshausen	46	15	31	24	22	7	39
Dachau	11	-	11	10	1	-	11
Ebersberg	8	6	2	2	6	1	7
Eichstätt	16	4	12	3	13	2	14
Erding	154	25	129	129	25	30	124
Freising	61	11	50	49	12	5	56
Fürstenfeldbruck	48	35	13	27	21	3	45
Garmisch-Partenkirchen	92	7	85	89	3	-	92
Landsberg am Lech	43	15	28	33	10	8	35
Miesbach	86	1	85	74	12	2	84
Mühlhofen a. Inn	10	1	9	3	7	-	10
München	42	17	25	14	28	9	33
Neuburg-Schrobenhausen	7	4	3	4	3	4	3
Pfaffenhofen a.d. Inn	2	-	2	-	2	-	2
Rosenheim	915	38	877	815	100	19	896
Sarnberg	12	3	9	5	7	-	12
Traunstein	106	24	82	87	19	2	104
Weilheim-Schongau	17	2	15	16	1	1	16
Niederbayern	5 314	489	4 825	5 108	206	68	5 246
Landshut	110	17	93	93	17	15	95
Passau	1 668	111	1 557	1 650	18	6	1 662
Straubing	165	37	128	137	28	6	159
Deggendorf	226	29	197	204	22	4	222
Freyung-Grafenau	10	6	4	8	2	-	10
Kelheim	38	9	29	24	14	6	32
Landshut	9	2	7	3	6	4	5
Passau	2 290	156	2 134	2 257	33	4	2 286
Regen	21	11	10	17	4	-	21
Rottal-Inn	405	57	348	373	32	2	403
Straubing-Bogen	337	42	295	317	20	9	328
Dingolfing-Landau	35	12	23	25	10	12	23
Oberpfalz	817	140	677	679	138	66	751
Amberg	18	7	11	14	4	8	10
Regensburg	466	61	405	414	52	16	450
Weiden i.d.OPf.	16	6	10	8	8	-	16
Amberg-Weizbach	8	1	7	7	1	-	8
Cham	82	16	66	56	26	12	70
Neumarkt i.d.OPf.	96	6	90	90	6	1	95
Neustadt a.d. Waldnaab	40	9	31	25	15	11	29
Regensburg	39	10	29	35	4	3	36
Schwandorf	22	6	16	12	10	12	10
Tirschenreuth	30	18	12	18	12	3	27
Oberfranken	577	117	460	468	109	108	469
Bamberg	45	14	31	28	17	9	36
Bayreuth	88	16	72	73	15	55	33
Coburg	2	-	2	-	2	1	1
Hof	95	29	66	71	24	9	86
Bamberg	31	4	27	28	3	5	26
Bayreuth	29	9	20	19	10	18	11
Coburg	5	4	1	2	3	-	5
Forchheim	39	17	22	23	16	5	34
Hof	148	9	139	138	10	2	146
Kronach	8	2	6	4	4	3	5
Kulmbach	2	2	-	2	-	-	2
Lichtenfels	13	3	10	10	3	1	12
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	72	8	64	70	2	-	72
Mittelfranken	1 603	351	1 252	1 185	418	166	1 437
Ansbach	41	8	33	31	10	1	40
Erlangen	31	13	18	26	5	1	30
Fürth	60	27	33	37	23	6	54
Nürnberg	923	215	708	671	252	105	818
Schwabach	13	8	5	7	6	1	12
Ansbach	40	12	28	14	26	28	12
Erlangen-Höchstadt	34	13	21	10	24	3	31
Fürth	347	19	328	314	33	-	347
Nürnberg Land	48	19	29	28	20	5	43
Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsch	15	4	11	11	4	4	11
Roth	1	1	-	1	-	-	1
Weißenburg-Günzhausen	50	12	38	35	15	12	38
Unterfranken	841	120	721	709	132	42	799
Aschaffenburg	80	5	75	60	20	10	70
Schweinfurt	113	25	88	99	14	2	111
Würzburg	413	23	390	400	13	10	403
Aschaffenburg	14	2	12	10	4	-	14
Bad Kissingen	19	10	9	10	9	-	19
Rhön-Grabfeld	1	-	1	1	-	-	1
Haßberge	14	6	8	9	5	4	10
Kitzingen	25	6	19	11	14	5	20
Miltenberg	47	17	30	30	17	2	45
Main-Spessart	16	7	9	8	8	-	16
Schweinfurt	45	11	34	24	21	7	38
Würzburg	54	8	46	47	7	2	52
Schwaben	920	139	781	757	163	93	827
Augsburg	156	1	122	135	21	19	137
Kaufbeuren	18	1	17	17	1	7	11
Kempten (Allgäu)	14	3	11	10	4	5	9
Memmingen	18	-	18	11	7	6	12
Aichach-Friedberg	50	8	42	37	13	12	38
Augsburg	88	25	63	42	46	4	84
Dillingen a.d. Donau	92	11	81	83	9	2	90
Günzburg	45	7	38	37	8	3	42
Neu-Ulm	196	18	178	178	18	18	178
Lindau (Bodensee)	110	10	100	103	7	1	109
Ostallgäu	8	3	5	2	6	3	5
Unterallgäu	58	1	57	52	6	6	52
Donau-Ries	22	6	16	18	4	2	20
Oberallgäu	45	12	33	32	13	5	40

Anlage

Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 2016 nach Alter und Geschlecht, Anregung der Maßnahme sowie nach regionaler Gliederung							
	Inobhutnahmen						
	Insgesamt	Alter in Jahren		Geschlecht		Maßnahme erfolgte	
		unter 14	14 - unter 18	männlich	weiblich	auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung (dringende Gefahr)
Bayern	6 730	1 663	5 067	4 896	1 834	714	6 016
% Veränderung zum Vorjahr	-56,0%	-29,1%	-60,9%	-59,8%	-41,0%	-30,1%	-57,9%
Oberbayern	1 579	428	1 151	1 097	482	172	1 407
Ingolstadt	91	38	53	61	30	22	69
München, Landeshauptstadt	550	144	406	366	184	46	504
Rosenheim	10	-	10	6	4	4	6
Altötting	15	10	5	11	4	2	13
Berchtesgadener Land	3	2	1	2	1	-	3
Bad Tölz-Wolfratshausen	42	15	27	24	18	6	36
Dachau	5	3	2	2	3	-	5
Ebersberg	18	4	14	10	8	7	11
Eichstätt	48	8	40	33	15	7	41
Erding	87	34	53	54	33	16	71
Freising	57	9	48	50	7	4	53
Fürstenfeldbruck	78	44	34	29	49	10	68
Garmisch-Partenkirchen	116	6	110	94	22	3	113
Landsberg am Lech	53	8	45	40	13	6	47
Miesbach	28	7	21	23	5	2	26
Mühldorf a. Inn	16	2	14	13	3	-	16
München	127	41	86	97	30	6	121
Neuburg-Schrobenhausen	17	4	13	12	5	9	8
Pfaffenhofen a.d. Ilm	12	8	4	6	6	4	8
Rosenheim	136	19	117	104	32	16	120
Starnberg	2	1	1	1	1	-	2
Traunstein	54	17	37	46	8	1	53
Weilheim-Schongau	14	4	10	13	1	1	13
Niederbayern	1 056	223	833	859	197	58	998
Landshut	64	23	41	31	33	7	57
Passau	54	19	35	38	16	1	53
Straubing	51	21	30	32	19	8	43
Deggendorf	53	39	14	27	26	6	47
Freyung-Grafenau	4	3	1	2	2	-	4
Kelheim	43	2	41	24	19	11	32
Landshut	33	12	21	16	17	11	22
Passau	415	36	379	399	16	5	410
Regen	19	6	13	15	4	3	16
Rottal-Inn	234	35	199	211	23	1	233
Straubing-Bogen	77	22	55	60	17	2	75
Dingolfing-Landau	9	5	4	4	5	3	6
Oberpfalz	656	159	497	494	162	73	583
Amberg	40	6	34	29	11	2	38
Regensburg	349	46	303	289	60	38	311
Weiden i.d.OPf.	24	19	5	8	16	-	24
Amberg-Weizsach	4	1	3	2	2	-	4
Cham	78	30	48	59	19	8	70
Neumarkt i.d.OPf.	20	16	4	12	8	1	19
Neustadt a.d. Waldnaab	30	13	17	12	18	11	19
Regensburg	61	15	46	43	18	6	55
Schwandorf	38	9	29	32	6	6	32
Tirschenreuth	12	4	8	8	4	1	11
Oberfranken	550	153	397	418	132	82	468
Bamberg	61	20	41	40	21	6	55
Bayreuth	132	21	111	106	26	12	120
Coburg	4	3	1	3	1	-	4
Hof	68	25	43	53	15	12	56
Bamberg	83	26	57	63	20	7	76
Bayreuth	19	7	12	12	7	4	15
Coburg	7	6	1	2	5	1	6
Forchheim	108	22	86	92	16	25	83
Hof	11	7	4	6	5	3	8
Kronach	14	2	12	10	4	8	6
Kulmbach	12	7	5	8	4	3	9
Lichtenfels	8	2	6	7	1	-	8
Wunsiedel i.Fichtelgebirge	23	5	18	16	7	1	22
Mittelfranken	1 429	379	1 050	958	471	199	1 230
Ansbach	30	9	21	22	8	3	27
Erlangen	27	15	12	17	10	4	23
Fürth	111	28	83	86	25	10	101
Nürnberg	752	226	526	477	275	116	636
Schwabach	13	5	8	10	3	3	10
Ansbach	37	16	21	10	27	6	31
Erlangen-Hochstadt	29	16	13	18	11	6	23
Fürth	272	15	257	244	28	3	269
Nürnberger Land	64	28	36	23	41	10	54
Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsch	36	8	28	20	16	11	25
Roth	27	4	23	19	8	12	15
Weißenburg-Gunzenhausen	31	9	22	12	19	15	16
Unterfranken	391	113	278	261	130	51	340
Aschaffenburg	90	16	74	67	23	11	79
Schweinfurt	27	13	14	15	12	1	26
Würzburg	71	9	62	59	12	6	65
Aschaffenburg	12	3	9	6	6	1	11
Bad Kissingen	34	18	16	15	19	8	26
Rhön-Grabfeld	3	3	-	2	1	2	1
Haßberge	6	1	5	2	4	3	3
Kitzingen	25	8	17	13	12	8	17
Miltenberg	41	9	32	27	14	5	36
Main-Spessart	43	20	23	32	11	3	40
Schweinfurt	18	3	15	9	9	1	17
Würzburg	21	10	11	14	7	2	19
Schwaben	1 069	208	861	809	260	79	990
Augsburg	199	41	158	165	34	16	183
Kaufbeuren	2	1	1	1	1	-	2
Kempten (Allgäu)	36	12	24	18	18	4	32
Memmingen	23	11	12	22	11	2	31
Aichach-Friedberg	60	10	50	50	10	5	55
Augsburg	117	36	81	75	42	21	96
Dillingen a.d.Donau	23	13	10	14	9	-	23
Günzburg	53	11	42	42	11	2	51
Neu-Ulm	53	6	47	42	11	2	51
Lindau (Bodensee)	149	14	135	116	33	1	148
Ostallgäu	9	3	6	2	7	2	7
Unterallgäu	117	15	102	91	26	6	111
Donau-Ries	70	15	55	55	15	6	64
Oberallgäu	148	20	128	116	32	12	136